

JAHRES-MEDIENKONFERENZ VOM 9. JANUAR 2023

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Wir brauchen mehr Gleichheit im 175. Jahr der modernen Schweizer Demokratie

Wir beginnen zu verstehen, dass die Konfrontation zwischen Demokratie und Diktatur nicht endgültig gewonnen ist. Das Ende der Geschichte ist noch nicht abzusehen und autoritäre Regime sind wieder auf dem Vormarsch. Um ihre Macht zu erhalten und auszuweiten, setzen sie auf Gewalt und lange Zeiträume und zögern nicht mehr, Demokratien durch Krieg oder propagandistische Manipulation zu destabilisieren. Sie haben jedoch interne Schwächen und sind ausserordentlich mutigen Anfechtungen ausgesetzt, wie man z. B. im Iran sehen kann. Diese internen Widerstände hängen jedoch zum Teil von der Stärke des demokratischen Modells ab. Wenn dieses Modell stark, solidarisch und selbstbewusst ist und dort, wo es existiert, breite Unterstützung findet, dann haben der Widerstandsgeist und der revolutionäre Wind bessere Chancen auf Erfolg. Wenn hingegen Tyrannen und fanatische Barbareien sich auf die innere Schwäche der Demokratien und ihre gebrochenen Versprechen stützen können, ist zu befürchten, dass sie die Oberhand gewinnen.

Wir haben diese Überlegungen im Kopf, wenn wir den traditionellen Bericht des SGB über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Schweiz vorstellen. Denn die Frage der Entwicklung der sozialen Ungleichheit in unseren sogenannten westlichen Demokratien ist entscheidend für die Auseinandersetzung, die sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts abspielt. Um es einfach auszudrücken: Um sich als Vorbild zu etablieren, müssen unsere demokratischen Länder aufhören, ihren Reihen den Kampf aller gegen alle in zu organisieren. Diese Produktionsweise erzeugt Jahrzehnt für Jahrzehnt immer mehr Verliererinnen und Verlierer. Die Fortsetzung dieses abgekarteten neoliberalen Spiels war zu Zeiten seiner scheinbaren Hegemonie ungerecht. Angesichts der totalitären und fanatischen Gefahren ist es gefährlich geworden.

In Frankreich ist die Rate der extremen Armut bei Kindern zwischen 2004 und 2019 von 8.7 auf 11.5 Prozent gestiegen, und die Statistik sagt noch nichts aus über das Ausmass der durch die Pandemie und die zu ihrer Bewältigung ergriffenen Massnahmen verursachten Katastrophe. Auch in Deutschland stieg die Armutsquote zwischen 2010 und 2019, einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität, stark an, bevor die Pandemie die Situation noch verschlimmerte. In den USA arbeitet ein Drittel der Arbeitnehmenden für weniger als 15 Dollar pro Stunde. Vor diesem Hintergrund entpuppt sich die Lösung, welche die Zentralbanken der USA und Europas zur Bekämpfung der Inflation gewählt haben, als bewusstes Herbeiführen von Rezession und Arbeitslosigkeit. Man könnte sagen: Sie fahren uns gegen die Wand.

In der Schweiz nimmt die Ungleichheit zwischen den reichsten 10 Prozent der Arbeitnehmenden und allen anderen wieder zu, wie unser Verteilungsbericht zeigt, den Daniel Lampart näher erläutern wird. Und der Unterschied vergrössert sich am stärksten bei den ärmsten 10 Prozent der Arbeitnehmenden, deren Realeinkommen seit 2016 sinkt. Auch die Vermögensungleichheit nimmt auf ein obszönes Ausmass zu – die reichsten 10 Prozent verfügen mittlerweile über dreimal so viel Vermögen wie die übrigen 90 Prozent der Bevölkerung.

Dennoch hat die Steuerpolitik bei uns wie auch anderswo diese Ungleichheiten vergrössert, und zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Inflation zurückmeldet und eine Rezession droht, ist in der von der Politik der bürgerlichen Mehrheit keine Wende zu erkennen. Die Krankenkassenprämien müssten gesenkt werden, aber das Gegenteil wird getan. Im Laufe des Jahres 2022 mussten wir gegen weiteren Steuersenkungen für grosse Unternehmen und wohlhabende Kreise kämpfen. Für 2023 deutet alles darauf hin, dass diese ungerechte und gefährliche Politik fortgesetzt wird und wir sie weiter bekämpfen müssen. Wie wir auch für bessere Renten und gegen alle Bestrebungen, diese weiter zu kürzen, kämpfen werden müssen.

Damit unsere Demokratien standhalten können, müssen alle, die in ihnen leben, das Gefühl haben, dass es ihnen gut geht und dass sie eine positive Perspektive für ihre Kinder haben. So einfach ist das. Und diese Garantie gibt es nicht mehr. Wir können das ganze Jahr jammern über den Erfolg der «Populisten», «Verschwörungstheoretiker», oder wie auch immer man es nennen will – aber ein Umfeld, in dem die Massen immer ärmer werden, während sie immer mehr produzieren, ist der ideale Nährboden für solche Spaltungen.

Aus diesem Grund müssen die herrschenden Kräfte in der demokratischen Welt die neue Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung verstehen. Wir sind entscheidende Akteure im Kampf für Gleichheit und gerechte Entlohnung der Arbeit, was uns zu wesentlichen Akteuren jeder Demokratie macht. Daher müssen die Gewerkschaftsarbeit und ihre Akteure geschützt werden, was die Schweiz immer noch nicht tut, da sie die diesbezüglichen Anforderungen der ILO immer noch nicht erfüllt.

Wir legen heute eine Studie über die Bedeutung von Gewerkschaften und die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu diesem Thema vor, die deutlich zeigt, dass gewerkschaftliche Aktivität und Vertretung für die Gesellschaft positiv sind. Ohne die Arbeit unserer Verbände und der Gewerkschaften in der ganzen Welt wäre die einzige Antwort auf die Inflation die Rezessionspolitik der Zentralbanken geblieben. Wir haben in Verhandlungen und Auseinandersetzungen, Branche für Branche Lohnerhöhungen durchgesetzt, die weit über diejenige der vergangenen Jahre hinausgingen. In der Schweiz, mit einer Inflationsrate von 2.8 Prozent im letzten Jahr, haben wir in den GAV-Branchen etwa 2.5 Prozent erstritten. Das ist nicht ausreichend, wenn man den Nachholbedarf berücksichtigt, der noch ein Prozent über der Inflationsrate liegt, aber es ist immerhin fast der Teuerungsausgleich, den die Arbeitgeberverbände grundsätzlich bestritten hatten.

2023 wird die Schweiz 175 Jahre Bundesverfassung und 75 Jahre AHV feiern können. Diese beiden Jubiläen sind miteinander verbunden. Gute Löhne und Renten, die die Arbeit aller angemessen entschädigen, sind ein zentrales Versprechen dieser modernen und demokratischen Schweiz, welche wir feiern werden. Während des feministischen Streiks am 14. Juni und das ganze Jahr über werden wir da sein, um an dieses Versprechen zu erinnern und seine Einlösung einzufordern.